Katholische Initiativen zur Lösung der sozialen Frage in Deutschland

Gisela Fleckenstein

1. Einleitung

Im Erscheinungsjahr der Enzyklika "Rerum novarum" waren für das politische Leben Deutschlands zwei weitere Ereignisse entscheidend: der Tod des langjährigen Zentrumsführers Ludwig Windthorst¹ am 14. März 1891 in Berlin sowie die Verabschiedung des Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf deren Parteitag in Erfurt am 14.-20. Oktober 1891. Das aus einem theoretischen, von Revolutionserwartung getragenen, und aus einem pragmatisch reformerischen Teil bestehende marxistische Programm enthielt Forderungen der damaligen Zeit, die vor allem den Arbeiterschutz betrafen.

Mit der Enzyklika hingegen äußerte sich erstmals ein Nachfolger des heiligen Petrus zur sozialen Frage, die bis dahin eine Domäne der Sozialisten gewesen war. "Rerum novarum" bot zur sozialistischen Forderung nach einer revolutionären Umgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eine sozialreformerische Alternative im Rahmen der bestehenden Ordnung.² Innerhalb des deutschen Katholizismus standen sich zwei Auffassungen über Lösungsmöglichkeiten der sozialen Frage gegenüber. Die eine sah die Kirche als Verwalterin der Caritas, welche die Auswirkungen der Industrialisierung mildern sollte, die andere hielt nur in einer staatlichen Mitwirkung und in gewerkschaftlichem Zusammenschluß eine Verbesserung für möglich.3 Im Blickpunkt dieses Streits stand der

¹ Ludwig Windthorst (1812-1891): seit 1851 Justizminister in Hannover, mit Unterbrechung bis 1865, 1866 Kronoberanwalt am höchsten Staatsgerichtshof in Celle, seit 1867 bis zu seinem Tode im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie im Norddeutschen und Deutschen Reichstag. Er war 1870 maßgeblich an der Gründung der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses beteiligt, die er lange Jahre führte. Er setzte sich vor allem auf kirchenpolitischem Gebiet sowie in der Schul- und Sozialpolitik ein und löste das Zentrum aus der Umklammerung durch die katholische Kirche. Vgl. die Biographie von Margaret Lavinia ANDERSON, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 14), Düsseldorf 1988 (zuerst: Oxford 1981).

² Zum Text der Enzyklika: Leo XIII., Pius XI. Die sozialen Enzykliken. Rerum novarum. Quadragesimo anno. Mit einer Einführung von Oswald von NELL-BREUNING (Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe), Stuttgart/Düsseldorf 1953, S.1-35.

³ Vgl. Bernhard HANSSLER, Die Kirche in der Gesellschaft. Der deutsche Katholizismus und seine Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1961, S.24.

1890 unter der Beteiligung Windthorsts gegründete "Volksverein für das katholische Deutschland", der eine enge Verbindung zur Zentrumspartei hatte. Dieser vor allem in integralistisch-katholischen Kreisen umstrittene, hauptsächlich von Laien getragene Verein erhielt durch die Papstworte Auftrieb und Bestätigung.

In diesem Beitrag, der nur einen punktuellen Überblick zu kirchlichen Lösungsversuchen der sozialen Frage geben soll, wird daher der "Volksverein für das katholische Deutschland" - einer der mitgliederstärksten und einflußreichsten Vereine des deutschen Katholizismus - mit seiner Arbeit und Organisation im Mittelpunkt stehen. Abschließend werde ich auf den Gewerkschaftsstreit vor dem Ersten Weltkrieg eingehen.

2. Kirchlich organisierte Caritas

In der Zeit zwischen 1860 und 1900 nahm die Gesamtproduktion der Industrie in Deutschland um fast 100% zu und verdoppelte sich bis 1913 nahezu noch einmal. Der Linderung der zunehmenden Folgen der Industrialisierung für die Arbeiterbevölkerung nahmen sich seit dem ersten Viertel des Jahrhunderts zahlreiche Ordensgemeinschaften bzw. Kongregationen an. Diese Brüder und Schwestern im Dienste der Caritas übernahmen ambulante Krankenpflege, "Krankenhäuser", Näh-, Bewahr- und Handarbeitsschulen sowie Aufgaben im Schul- und Bildungsbereich. Ihre Arbeit setzte aber erst da ein, wo der Notfall bereits eingetreten war. Die caritative Arbeit aus einer religiös motivierten Grundhaltung heraus - vor allem die Krankenpflege - wurde kontinuierlich fortgeführt. Selbst während des Kulturkampfs konnte und wollte der Staat auf diese Hilfeleistungen nicht verzichten. Vom Ordensaufhebungsgesetz bzw. von der Vertreibung aus Preußen waren die caritativ tätigen Gemeinschaften ausgenommen, während die schulischen Belange in die staatliche Hoheit übergingen.

Aus dem Aachener Raum wäre hier beispielhaft für diese Aktivitäten die in den 1845er Jahren erfolgte Gründung der "Armen-Schwestern vom heiligen Franziskus" durch die Industriellentocher Franziska Schervier (1819-1876) zu nennen.⁵ Die Tuchmacherstadt Aachen erlebte zu dieser Zeit das Elend der Frühindustrialisierung. Schervier suchte mit einer Armenküche und einem Spital Abhilfe zu schaffen. Nicht zu vergessen ist die Arbeit der Vinzenz- und Elisabethkonferenzen, deren Hauptaufgabe in der Unterstützung Armer und Unterdrückter bestand.⁶

⁴ Vgl. Emil RITTER, Die Katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954, S.208.

⁵ Vgl. Erwin GATZ, Franziska Schervier (1819-1876), in: Rheinische Lebensbilder Bd. 5, hg. von Bernhard POLL, Bonn 1973, S.135-150.

⁶ Vgl. Martin Greschat, Das Zeitalter der Industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne (Christentum und Gesellschaft Bd. 11), Stuttgart 1980, S.126.

Der 1991 seliggesprochene Elberfelder Kaplan Adolf Kolping (1813-1865) ging ebenfalls noch den traditionellen Weg der Caritas, indem er vor allem um die Seelsorge und die moralische Integrität der "Gesellen" im religiösen Denken und Tun bemüht war.7 Kolping hatte mit der Gründung von Handwerksgesellenvereinen, die über die wirtschaftliche Hilfe hinaus auch Lebenshilfe leisteten ("Standesverein auf kirchlich-religiöser Grundlage als Bildungsgemeinschaft")8, eine grenzüberschreitende Bewegung initiiert, die auf traditionelle christliche Werte wie die Familie als "Heilstätte für ein lebendig-organisch-gesellschaftliches Leben" aufbaute.9 Die Gesellenvereine vermittelten in erster Linie ein Heimat- und Geborgenheitsgefühl innerhalb einer kleinbürgerlich geschlossenen katholischen Gesellschaft. 10 In dieses Umfeld gehören auch die 1848 und vor allem nach 1850 in Preußen/Deutschland infolge des Rechts der Vereinigungsfreiheit entstandenen zahlreichen religiösen Vereine, die der kirchlichen Hierarchie unterstellt blieben und als ständisch korporative Gliederungen im Kampf gegen den Liberalismus standen.11

Diese traditionellen Initiativen kirchlich organisierter Caritas stellten das herrschende Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich in Frage und gaben keine Impulse zur Umformung der gesellschaftlichen Verhältnisse. 12 Es sei denn, man faßt den Einsatz, beispielsweise einer Franziska Schervier, als grundsätzlichen Protest gegen das bestehende System auf.

3. Neuere kirchliche Ansätze, sich der wirtschaftlichen und sozialen Nöte anzunehmen

Der aus westfälischem Landadel stammende Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877) wurde - obwohl konservativ eingestellt - paradoxerweise zum Sozialpolitiker bzw. zum Begründer der katholischen Soziallehre. Ketteler hatte die soziale Frage als religiöse Frage

⁷ Vgl. B. HANSSLER (wie Anm. 3), S.24f.

⁸ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.88. Die erste umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte des Volksvereins stammt aus der Feder von Emil Ritter und basiert weitgehend auf einem ungedruckten Manuskript August Piepers (vgl. Anm. 67). Mag das Werk bezüglich des Anmerkungsapparates und seinen manchmal überschwenglichen Bewertungen heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht mehr genügen, so ist es doch ein unentbehrliches Kompendium für diesen Themenbereich. Quellengesättigter ist die Arbeit von Horstwalter HEITZER, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890-1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen Bd. 26), Mainz 1979. Heitzer stand das von Ritter verloren geglaubte Volksvereinsarchiv zur Verfügung. Ein unentbehrliches Hilfsmittel ist das mit einer sorgfältigen historischen Einleitung versehene Werk von Georg SCHOELEN, Bibliographisches-historisches Handbuch des Volksvereins für das katholische Deutschland (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen Bd. 36), Mainz 1982.

⁹ E. RITTER (wie Anm. 4), S.90.

¹⁰ Vgl. M. GRESCHAT (wie Anm. 6), S.133.

¹¹ Vgl. B. HANSSLER (wie Anm. 3), S.21-24, 30-54, 58f. und 72.

¹² Vgl. Gerhard A. RITTER/Klaus TENFELDE, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S.757.

aufgefaßt und in innerkirchlichen Kreisen durchgesetzt, daß sie als solche aufzufassen sei. Erst er veränderte das kirchenpolitisch-soziale Klima.

Kettelers schon im ersten Jahr ihres Erscheinens 1864 dreimal aufgelegte Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christentum" 13 signalisierte eine Wende. Wahrscheinlich inspiriert von den Auftritten Ferdinand Lasalles in Frankfurt und Mainz, wurde dem Bischof deutlich, daß die Leistungen der christlichen Caritas allein nicht ausreichend waren, um die Lage des Proletariats fundamental zu verbessern.¹⁴ Ketteler machte sich bezüglich des Arbeitslohns die Auffassung Lasalles zu eigen; nicht anfreunden konnte er sich hingegen mit der Beanspruchung von staatlichen Subventionen. 15 obwohl er in seiner Diözese in seinen Hoffnungen auf die Freigiebigkeit der Katholiken für soziale und caritative Einrichtungen herbe Enttäuschungen erleben mußte.¹⁶ Seine Ideen von christlichen "Produktiv-Assoziationen" blieben Theorie, da niemand bereit war, Kapital für Geschäftsgründungen auf sozialer Basis zur Verfügung zu stellen. Ab 1865 war Ketteler deshalb bereit, staatliche Unterstützung (Gesetze bezüglich Organisation, Arbeitsschutz, Kapitalhilfe, Sonntagsruhe, Verbot der Kinderarbeit) zu akzeptieren, und vertrat diese Ansichten zur Arbeiterfrage in einem Referat auf der Fuldaer Bischofskonferenz im September 1869. Ihm war es ein Anliegen, das Interesse für die soziale Frage beim Klerus zu wecken: "Die Arbeiterfrage darf daher bei der Ausbildung des Klerus in der Philosophie, in der Pastoral nicht übergangen werden". Ebenso sollten Kleriker Nationalökonomie studieren. 17

1869 war die soziale Frage Thema des Düsseldorfer Katholikentags. Erstmals war auf einem Katholikentag ein eigener Ausschuß für dieses Thema gebildet worden. Außerdem wurde eine ständige Sektion eingerichtet. Kettelers Anliegen wurden empfohlen. Nicht zuletzt wirkten seine Aussagen durch die Autorität seines Amtes. Doch die Dominanz des ersten Vatikanischen Konzils hemmte die Verbreitung seiner Gedanken.

4. Politischer Katholizismus - Vereine und Zentrumspartei

Im Todesjahr Kettelers 1877 zeitigten seine Ideen politische, wenn auch noch nicht programmatische Wirkung in der Zentrumsfraktion des Reichstages im sogenannten "Antrag Galen", begründet von Graf Fer-

¹³ Vgl. Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER. Schriften, Aufsätze und Reden 1848-1866, bearb. von Erwin Iserloh u. a. (Sämtliche Werke und Briefe, Abteilung I, Bd. 1) hg. von Erwin Iserloh, Mainz 1977, S.367-515.

¹⁴ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.95.

¹⁵ Vgl. ebd., S.98f.

¹⁶ Vgl. ebd., S.94f.

¹⁷ Vgl. ebd., S.99-105.

¹⁸ Vgl. Ephrem Filthaut, Deutsche Katholikentage 1848-1958 und soziale Frage, Essen 1960, S.57ff.

¹⁹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.88.

dinand Galen, einem Neffen Kettelers. Geistiger Urheber des Antrags war von Schorlemer-Alst, der Galen die Begründung vor dem Plenum zuschob.²⁰ Der Antrag beinhaltete in seiner endgültigen Fassung die Abänderung der Gewerbeordnung vom 21. Juli 1869 sowie ein Gesetz gegen die grenzenlose Gewerbefreiheit und für den Arbeiterschutz. Folgende Aspekte fanden Berücksichtigung:

a) Wirksamer Schutz des religiös-sittlichen Lebens der gesamten arbeitenden Bevölkerung (Sonntagsruhe).

b) Schutz und Hebung des Handwerkerstandes durch Einschränkung der Gewerbefreiheit; Regelung des Verhältnisses der Lehrlinge und Gesellen zu den Meistern; Förderung korporativer Verbände.

c) Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der in Fabriken arbeitenden Personen; Normativbestimmungen für die Fabrikordnungen; Verbot der Beschäftigung Jugendlicher unter 14 Jahren in den Fabriken.

d) Einführung gewerblicher Schiedsgerichte unter Mitwirkung freigewählter Vertreter der Arbeiter.

e) Anderweitige Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über die konzessionspflichtigen Gewerbe, insbesondere den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften".²¹

Der Antrag wurde am 29. März 1877 beim Reichstag eingereicht und in der Generaldebatte am 16.-18. April diskutiert. Selbst die Sozialdemokraten hatten, da ihrer Fraktion drei Stimmen für einen Initiativantrag fehlten, mit Leihstimmen vom Zentrum einen zusätzlichen Wunschzettel für den gesetzlichen Arbeiterschutz eingebracht. Letztendlich wurde der im Plenum ungeschickt vertretene "Antrag Galen" verworfen und der Regierungsentwurf in weiten Teilen übernommen. ²³

Noch 1873 hielt Windthorst ein initiatives, sozialpolitisches Vorgehen des Zentrums im Reichstag für schädlich. Er befürchtete eine Isolierung der Fraktion, die so ihrem hochgesteckten Ziel, dem Schutz von Religion und Kirche, nur schaden würde. ²⁴ Das Zentum verfolgte keineswegs ein klares soziales Programm, aber mit dem "Antrag Galen" wurde ein soziales Verantwortungsbewußtsein der Partei nach außen hin demonstriert, ²⁵ wohingegen intern die staatssozialistischen Elemente der bismarckschen Sozialversicherungspolitik abgelehnt wurden. Z.B. setzte man bei der Unfallversicherung eine berufsständische Organisation durch. Nur eine Minderheit der Partei (Peter Reichensperger, Georg Arbogast Frhr. von

²⁰ Vgl. ebd., S.112; M. L. ANDERSON (wie Anm. 1), S.212.

²¹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.112f.

²² Vgl. M. L. ANDERSON (wie Anm. 1), S.211 und 214.

²³ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.113f.

²⁴ Vgl. ebd., S.111.

²⁵ Vgl. M. GRESCHAT (wie Anm. 6), S.197.

Franckenstein) stimmte 1889 der Alters- und Invaliditätsversicherung zu, die vom Reich bezuschußt wurde.26

Kettelers Anliegen versandeten nicht. Doch erst nach dem kirchlichstaatlichen Friedensschluß 1887, als man die Streitaxt des Kulturkampfes begrub, wurde Kettelers Programm in der Ära des "Volksvereins" zum Gemeingut der Katholiken. 1890 erschien ein Neudruck von "Die Arbeiterfrage und das Christentum" (ohne den statistischen Anhang) mit einem Geleitwort des Zentrumsführers Ludwig Windthorst, der daraus Gedanken für die Gründung des "Volksvereins" übernahm. Der Verein sah Ketteler als den geistigen Vater seiner neuzeitlichen Arbeitersozialpolitik 27

Der Gründung des "Volksvereins" ging der Unternehmerverband "Arbeiterwohl" voraus, auf den hier - wegen seiner direkten personalen Verflechtung mit dem "Volksverein" - eingegangen werden muß.

5. Der Unternehmerverband "Arbeiterwohl"

Der Mönchengladbacher katholische Industrielle Franz Brandts²⁸ führte in seiner Heimatstadt eine ererbte Fabrik für Baumwollstoffe (Tuchfabrik) weiter, in der er eine - heute belächelte - patriarchalische Arbeiterfürsorge betrieb, die Sittenstrenge betonte und in das Privatleben der Arbeiter eingriff. Nach einem Englandaufenthalt führte er bei sich technologische Innovationen durch und stellte seinen Betrieb auf Halbwollindustrie um, was ihm einen Aufschwung bescherte.29

Seit 1873 hatte Brandts seinen Betrieb mit sozialen Einrichtungen ausgestattet. Seine innerbetrieblichen Maßnahmen bestanden in der Einrichtung einer Betriebskranken- und Versorgungskasse (alle Arbeiter waren Zwangsmitglieder), eines Sparvereins, einer Bibliothek, einer Kinderbewahrschule, einer Betriebskantine für auswärtige Arbeiter, einer Arbeitsordnung zum Schutz der Gesundheit und der Sitten, Bade- und Waschanlagen und einem Arbeitsverbot für verheiratete Frauen. Ein noch zaghafter Schritt in die Mitbestimmung war die Installation eines Ältestenkollegs zur Selbstverwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen sowie als Vermittlungsorgan zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Brandts richtete auch eine feste Sprechstunde ein, in der er seinen Arbeitern zur

²⁶ Vgl. G. RITTER/K. TENFELDE (wie Anm. 12), S.758.

²⁷ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.107.

²⁸ Franz Brandts (1834-1914): Tuchfabrikant. 1872 Einführung eines Arbeiterausschusses in seiner Fabrik (Mitspracherecht bei der Regelung der Arbeitsordnung und des Fabrikbetriebes), 1880-1914 Vorsitzender des Verbandes "Arbeiterwohl" in Mönchengladbach. 1890-1914 Erster Vorsitzender des Volksvereins. Vgl. Georg SCHOELEN (Bearb.), Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890-1933. Eine Bibliographie. Mit einer Einführung von Rudolf MOR-SEY und einem Nachlaßverzeichnis von Wolfgang LÖHR, Mönchengladbach 1974, S.23.

²⁹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.152.

Verfügung stand.³⁰ Doch diese für seine Zeit sicher beachtlichen Leistungen waren mit Repressalien für die Arbeiter verbunden: Der Umgang mit Sozialdemokraten war ihnen streng untersagt.

Die Leistungen Brandts wurden nicht zuletzt durch ihn selbst publik gemacht. Seine Mönchengladbacher Erfahrungen sollten Allgemeingut für christliche Unternehmer werden. Er gründete den katholischen Verband "Arbeiterwohl", dem Unternehmer und Kleriker angehörten. Der Verband entstand nach französischem Vorbild.³¹ Die Gründungsversammlung fand am 20. Mai 1880 in Aachen statt. Es war ein Verein katholischer Fabrikanten und Arbeiterfreunde, denen auch der Sozialreferent der Zentrumsfraktion, Georg Freiherr von Hertling, angehörte, der zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurde. Erster Vorsitzender wurde Franz Brandts.32 Der Verband sah die Lösung der sozialen Frage in einer innerbetrieblichen und staatlichen Sozialpolitik.33 Mit der Ernennung des jungen, engagierten Priesters Franz Hitze³⁴ zum Generalsekretär wurden die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt. Brandts lernte Franz Hitze kurz nach dessen Rückkehr aus Rom im Sommer 1880 kennen, und machte den sozialwissenschaftlichen Autodidakten ("Kapital und Arbeit" war gerade erschienen) zum Generalsekretär des Verbandes "Arbeiterwohl" und zum Sozialfürsorger in seinem eigenen Mönchengladbacher Betrieb. Hitze wohnte dreizehn Jahre lang im Hause Brandts, bis er als Dr.h.c. an den neuerrichteten Lehrstuhl für christliche Gesellschaftswissenschaft an der katholisch-theologischen Fakultät in Münster berufen wurde.35

"Arbeiterwohl" stand auch dem Seelsorgsklerus offen, der zur Gründung von kirchlich geleiteten Arbeitervereinen angeregt werden sollte. Der Verband verfügte über zwei Publikationsorgane: zunächst die Christlichsozialen Blätter, die für wissenschaftliche Beiträge offenstanden, dann ab 1881 über Arbeiterwohl. Organ des Verbandes katholischer Industrieller und

³⁰ Vgl. Wolfgang LÖHR (Hg.), Die Fabrikordnung der Firma F. Brandts zu Mönchengladbach. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1885 (Beiträge zur Geschichte von Stadt und Abtei Mönchengladbach 6), Mönchengladbach 1974. Die Brandtsche Fabrikordnung wurde um 1881 konzipiert, vgl. ebd. S.VIIf.; vgl. Wolfgang LÖHR, Die Fabrikordnung der Firma Franz Brandts in Mönchengladbach, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 178 (1976), S.145-157.

³¹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.129f.

³² Vgl. ebd., S.131.

³³ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.17.

³⁴ Franz HITZE (1851-1921): 1872-1877 Studium der Theologie in Würzburg und Paderborn, 1878 Priesterweihe, 1878-1880 Studium am Campo Santo in Rom, 1880-1921 Generalsekretär des Verbandes "Arbeiterwohl", 1890-1892 Schriftführer und geistlicher Leiter des "Volksvereins", 1882-1893 und 1898-1912 Zentrumsabgeordneter im Preußischen Abgeordnetenhaus, 1894-1921 im Deutschen Reichstag, 1893-1920 Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Münster, 1897 Mitbegründer des deutschen Caritasverbandes. Vgl. G. SCHOELEN (wie Anm. 29), S.30.

³⁵ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.131f.

Arbeiterfreunde. Redigiert von General-Secretair Franz Hitze, die für praktische Beiträge - Anregung und Anleitung - zuständig waren. ³⁶ Der Verband sah seine soziale Betätigung als ein Apostolat des christlichen Glaubens an sowie als Pflicht gegenüber Staat und Gesellschaft und den Arbeitern. ³⁷

6. Die Gründung des "Volksvereins für das katholische Deutschland"

In der Ära des Kulturkampfes waren zahlreiche katholische Arbeitervereine, die sich nach der Liberalisierung des Vereinigungsrechtes im Zuge der 1848er Revolution gebildet hatten, untergegangen. Diese Vereine waren in der Mehrzahl von Weltpriestern geleitet worden. Seit dem Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz vom 23. August 1890 und verstärkt durch "Rerum novarum" nahm auch die Bildung von katholischen Arbeitervereinen wieder zu. ³⁸ Diese Vereine, in der Mehrzahl von Geistlichen geleitet, konnten sich nicht in die aktuelle Tagespolitik einbringen, deswegen sind diese Arbeiterstandesvereine eher den Unterhaltungsvereinen zuzuweisen. Demgegenüber gehörte der "Volksverein" nie zu den Standesvereinen, hielt aber deren Arbeit für notwendig und unterstützte sie weitgehend. ³⁹ Man kann ihn "mit seiner Schulungs- und Bildungsarbeit als eine Art religiöser und sozialpolitischer Volkshochschule mit einer ungewöhnlichen Breiten- und Tiefenwirkung" ⁴⁰ charakterisieren.

Windthorst war insofern der eigentliche Gründer des "Volksvereins", als er dessen Profil prägte⁴¹ und die enge personelle Verbindung mit der Zentrumspartei herstellte.⁴² Windthorst wollte keinesfalls, wie es die ersten Ideen zu einem solchen Verein darlegten, einen Verein der konfessionellen Polemik, keine "katholische Liga" oder einen "Antievangelischen-Bund".⁴³ Der Zentrumsführer billigte nur eine katholische Volksbewegung gegen den Sozialismus und die Sozialdemokratie, und dafür sollten mittels eines geringen Vereinsbeitrages Massen mobilisiert werden.

³⁶ Vgl. ebd., S.133. Die Zeitschrift Arbeiterwohl wurde 1904 unter dem Titel Soziale Kultur als neue Folge zusammen mit den Christlich-sozialen Blättern weitergeführt. Sie stellte 1928 ihr Erscheinen ein, nachdem der Verband - der nur noch aus Traditionsgründen bestand - aufgelöst wurde. Der "Volksverein" hatte dessen Arbeit mitübernommen. Vgl. ebd., S.136.

³⁷ Vgl. ebd., S.134.

³⁸ Vgl. ebd., S.282f. Diese Vereine schlossen sich gemäß erzbischöflicher Anweisung 1899 in Köln auf Diözesanebene zusammen, und 1904 vereinigten sich verschiedene Diözesanverbände zum "Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands". Deren Präses wurde August Pieper. 39 Vgl. ebd., S.285f.

⁴⁰ Vgl. G. Schoelen (wie Anm. 29), S.7 (Einleitung).

⁴¹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.137; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.144-148.

⁴² Vgl. M. L. ANDERSON (wie Anm. 1), S.409.

⁴³ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.140; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.17 und 19.

Diesem Plan stimmten auch Hitze und Brandts zu. Der formelle Beschluß zur Gründung des "Volksvereins für das katholische Deutschland" wurde am 25. September 1890 in Mainz gefaßt. Der "Volksverein" wurde am 24. Oktober 1890 in Köln auf Einladung Windthorsts gegründet,44 also im gleichen Jahr, in dem Bismarck gestürzt und das Sozialistengesetz nicht mehr verlängert wurde. Der Verein trat erstmals mit einem Aufruf vom 22. November 1890 an die Öffentlichkeit. Da das hessische Vereinsrecht liberaler war, wurde der Aufruf mit "Mainz" datiert, und Mainz blieb der Sitz des Zentralvereins. 45 Erst nach der Revision des Vereinsrechts 1908 (Reichsvereinsgesetz) wurde der Sitz auch formaljuristisch nach Mönchengladbach verlegt. 46 Den Vorsitz übernahm - auf Wunsch Windthorsts - der Mönchengladbacher Fabrikant Franz Brandts, Stellvertreter wurde der Kölner Rechtsanwalt und Zentrumspolitiker Carl Trimborn, 47 der nach dem Tode Brandts 1914 die Leitung des Vereins übernahm. Das Amt des Schriftführers übernahm Franz Hitze, ein Kölner Bankier wurde Schatzmeister. 48

Nach dem ersten Paragraphen der Satzung war der "Zweck des Vereins die Bekämpfung der Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet und die Verteidigung der christlichen Ordnung der Gesellschaft", 49 dazu gehörte auch die Abwehr der Sozialdemokratie.50 1906 legte der Vorstand der Generalversammlung eine neue Satzung vor, die den Vereinszweck bzw. das bis dahin Erreichte in §1 treffender zusammenfaßte: "Zweck des Vereins ist die Förderung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft, insbesondere die Belehrung des deutschen Volkes über die aus der neuzeitlichen Entwicklung erwachsenen sozialen Aufgaben und die Schulung zur praktischen Mitarbeit an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung aller Berufsstände. Der Verein will zugleich die Angriffe auf die religiösen Grundlagen der Gesellschaft zurückweisen und die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet bekämpfen".51 Die Bindung an die Zentrumspartei war ein Vermächtnis Windthorsts. Allerdings war dabei nie an ein Verhältnis der Unterordnung gedacht,

⁴⁴ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.144; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.22.

⁴⁵ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.174.

⁴⁶ Vgl. ebd., S.233; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.30f. und 37.

⁴⁷ Carl Trimborn (1854-1921): 1882-1904 Rechtsanwalt in Köln. Tätigkeit im Kölner Vinzenzund Kolpingverein, Gründungsmitglied und 1890-1914 Zweiter und 1915 bis zu seinem Tode Erster Vorsitzender des Volksvereins, 1894-1914 im Rat der Stadt Köln (Zentrumspartei), 1896-1918 Zentrumsabgeordneter im Preußischen Haus der Abgeordneten und im Deutschen Reichstag, 1918 Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1919-1921 Mitglied des Deutsches Reichstages und Führer der Zentrumsfraktion, 1920/21 Vorsitzender des Zentrums. Vgl. G. Schoelen (wie Anm. 29), S.26.

⁴⁸ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.145.

⁴⁹ Vgl. ebd., S.142f.

⁵⁰ Vgl. E. FILTHAUT (wie Anm. 18), S.120f.; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.70ff.

⁵¹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.255, H. HEITZER (wie Anm. 8), S.3, Anm. 17 und S.29f. Die Statuten von 1890 und die Satzung von 1906 sind abgedruckt in H. HEITZER, Anhang I,1 und I,2.

sondern der "Volksverein" sollte mit seiner Zentrale selbständig bleiben und die Partei auf sozialem Gebiet beraten oder ihr Möglichkeiten für Initiativen an die Hand geben. 52 D. h. der Verein verstand sich nicht als politischer Verein oder als Zentrumswahlverein. Der Volksverein versuchte die Politik im Sinne seiner Ideale zu beeinflussen und hatte das Selbstverständnis einer "außerparlamentarischen Organisation". 53

7. Die Arbeit des "Volksvereins"

a) Mitgliederzahlen

Der "Volksverein" war auf Breitenwirkung angelegt. Für den Jahresbeitrag von 1 Mark konnte jeder volljährige katholische Mann, und seit 1908 - nach dem Erlaß des neuen Vereinsgesetzes - auch jede katholische Frau, Mitglied werden. 54 1891 hatte der Verein 108.889 Mitglieder, vor allem im Rheinland, in Westfalen und Württemberg. Nach der Jahrhundertwende hatte der Verein 181.744 Mitglieder,55 1905 schon 455.000 und auf dem Höhepunkt seiner Wirksamkeit 1914 gar 80.590.56 Der "Volksverein" finanzierte sich durch die Mitgliedsbeiträge, die aber durch die Ausgaben voll aufgebraucht wurden. Erhöhen wollte man die Beiträge auch nach der Jahrhundertwende nicht, und nur wenige Mitglieder machten von der Regelung Gebrauch, gegen 100 Mark eine lebenslange Mitgliedschaft zu erwerben. 1912 gab es 309 Mitglieder auf Lebenszeit.⁵⁷ Die hohe Zahl der Mitglieder war durch eine systematische Werbearbeit des Vereins erreicht worden. Als Rückgrat des Vereins wurden die Vertrauensmänner intensiv in die Werbearbeit eingewiesen. Auf Versammlungen folgten Hausbesuche. Das "Handbuch für die Freunde und Förderer des Vereins" enthielt diesbezügliche praktische Vorschläge. 58

b) Organisatorischer Aufbau

Der Verein wurde durch die Zentrale in Mönchengladbach (Koordination) geleitet. Der Vereinsvorstand allein war weisungsbefugt, und er delegierte seine Aufgaben über Mittelinstanzen an die Basis.⁵⁹ Der "Volksverein" schuf sich ein weitverzahntes System von Geschäftsführern und

⁵² Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.151.

⁵³ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.31f.

⁵⁴ Vgl. ebd., S.35f.; E. RITTER (wie Anm. 4), S.231.

⁵⁵ Vgl. ebd., S.181.

⁵⁶ Vgl. ebd., S.231; H. Heitzer (wie Anm. 8), S.49 und 54-57; dort im Anhang II, 5 und 6 eine genaue Statistik der Mitgliederzahlen mit einer Differenzierung nach Regionen.

⁵⁷ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.232.

⁵⁸ Vgl. ebd., S.229.

⁵⁹ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.36f. und 309f.

Vertrauensmännern (1914 etwa 60.000).60 Jeder Vertrauensmann war in seinem Häuserbezirk für die Betreuung von 20-30 Familien zuständig, zu denen er durch regelmäßige Hausbesuche Kontakt hielt. Dadurch wurde die praktische Wirksamkeit vor Ort garantiert. Er überbrachte die Vereinsschriften und wies gezielt auf Beiträge hin, machte auf Jugendvereine, Standes- oder Berufsorganisationen aufmerksam und machte mit Rat und Tat auf Handwerker-Innungen und -Genossenschaften und ähnliche Einrichtungen aufmerksam. Vor allem verwies er auf die vom Verein nach und nach eingerichteten sogenannten "Volksbüros", die in Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeiterschutzgesetze sowie in Schul-, Steuer- und Militärsachen mit Auskünften und Beratung allen Mitgliedern kostenlos zur Seite standen. 61 Für jeden Bezirk war ein Geschäftsführer zuständig, der Konferenzen der Vertrauensmänner einberief, um diese für ihre sozial-praktischen Aufgaben vor Ort zu rüsten. 62 1891 verfügte der Verein über 300 Kreisgeschäftsführer sowie 3.133 Vertrauensmänner. In den Anfangsjahren reiste Trimborn zum Besuch dieser Konferenzen durch die Lande.

Der "Volksverein" fand schnell Verbreitung im katholischen Deutschland sowie in Elsaß-Lothringen. In den beiden Anfangsjahren stellten sich als Geschäftsführer und Vereinsredner hauptsächlich Geistliche (Präsides der Gesellen- und Arbeitervereine), katholische Politiker, Schriftleiter katholischer Tageszeitungen sowie Volksschullehrer zur Verfügung. Hinzu kamen Rechtsanwälte und Parlamentarier. Der "Volksverein" legte schon in den Anfangsjahren Wert darauf, daß in den Versammlungen auch Praktiker - Arbeiter, Handwerker und Landwirte - das Wort ergriffen. Der Verein stellte in zunehmendem Maße Redevorlagen bzw. Materialsammlungen, Gemeinschaftslieder sowie Flugblätter gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung. Der zweite Vorsitzende Carl Trimborn hatte das System der von der Mönchengladbacher Zentrale aus beauftragten Geschäftsführer und der von diesen angeleiteten Vertrauensmänner durchdacht und organisiert. Die Vertrauensmänner arbeiteten gemäß seinen expliziten schriftlichen Anweisungen: Er erklärte, wie man Mitglieder warb, Versammlungen vorbereitete, Flugblätter verteilte, die Werbetätigkeit der Gegner überwachte, praktisch-soziale Einrichtungen anregte, die Standesvereine und Berufsorganisationen förderte sowie Presseerzeugnisse und Druckschriften an den Mann brachte.63

Die Generalversammlungen des Vereins fanden von 1892 bis 1913 auf den Katholikentagen statt.⁶⁴ Die Versammlung wurde vom Gesamtvorstand

⁶⁰ Vgl. ebd., S.49.

⁶¹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.180f.

⁶² Vgl. ebd., S.175.

⁶³ Vgl. ebd., S.176-179 und 182.

⁶⁴ Vgl. E. FILTHAUT (wie Anm. 18), S.406 (Sachverzeichnis).

vorbereitet, der im Anschluß daran den geschäftsführenden Vorstand wählte. Im Gesamtvorstand wurde darauf geachtet, daß Landes- oder Diözesanvertreter aus allen Diözesen gleichmäßig repräsentiert waren. Selbstverständlich bedurften alle Geistlichen, die im "Volksverein" mitarbeiteten, des Einverständnisses ihres Bischofs. Die mittlere Ebene der Landes- oder Diözesanvertreter war die Vermittlungsinstanz zwischen den Geschäftsführern und der Zentralstelle. 66

Beim kontinuierlichen Wachsen des "Volksvereins" war die Beschäftigung im Nebenamt eine Überforderung. Geistiger und organisatorischer Leiter der Mönchengladbacher Zentrale wurde daher 1892 Generalsekretär August Pieper.⁶⁷ Auf Bitten Hitzes wurde er für die Arbeit vom Paderborner Ordinariat freigestellt. 68 1902 wurde zur Entlastung des Generalsekretärs ein Direktorium gebildet. Pieper wurde Generaldirektor und kümmerte sich hauptsächlich um die literarische Produktion des Vereins, Wilhelm Hohn wurde Direktor für innere Verwaltung, Heinrich Brauns⁶⁹ Direktor für Organisation und Werbung.⁷⁰ Wilhelm Hohn kam 1901 an die Zentralstelle. Seine Erfahrung im ländlichen Organisationswesen und im Verlagswesen kamen dem "Volksverein" zugute. Er forcierte vor allem den Einsatz des "Volksvereins" zugunsten einer Sozialreform. Nach der Jahrhundertwende wurde die Vereinszentrale in Referate eingeteilt. Unter den Referenten befanden sich der spätere Diözesanpräses der Katholischen Arbeiterbewegung Otto Müller (1870-1944, er hatte sich im Verein hauptsächlich der Rednerschulung und Diskussionsschulung in den Sozialen Unterrichtskursen angenommen),71 sowie die späteren Reichsminister Heinrich Brauns (1920-1928 Reichsarbeitsminister), Johannes Giesberts (1865-1938, erster Redakteur der

⁶⁵ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.233; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.7.

⁶⁶ Vgl. ebd., S.37ff.

⁶⁷ August Pieper (1866-1942): 1884-1889 Studium der Theologie und Philosophie in Rom (Doppelpromotion), 1889 Priesterweihe, anschließend Kaplan in Bochum, 1892-1902 Generalsekretär des Volksvereins, 1902-1919 Generaldirektor ebenda, 1899-1906 Diözesan-Präses der katholischen Arbeitervereine in der Erzdiözese Köln. 1906-1918 Zentrumsabgeordneter des Preußischen Landtags, 1907-1918 Mitglied des Deutschen Reichstags, 1919-1933 Schriftführer und "Generalredakteur" des Volksvereins, 1933-1942 Seelsorgstätigkeit. Vgl. G. SCHOELEN (wie Anm. 29), S.41.

⁶⁸ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.184f.; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.41f.

⁶⁹ Heinrich Brauns (1868-1939): 1885-1889 Studium der Theologie an den Universitäten Bonn und Köln, 1890-1895, Kaplan in Krefeld, 1895-1900 Vikar in Essen-Borbeck, 1900 Eintritt in die Zentrale des Volksvereins, 1902-1920 Direktor der Organisationsabteilung im Generaldirektorium des Volksvereins und Leiter der volkswirtschaftlichen Kurse, 1903-1905 Studium der Nationalökonomie an den Universitäten in Bonn und Freiburg (Promotion). 1919 Zentrumsabgeordneter in der Weimarer Nationalversammlung und im Deutschen Reichstag, 1920-1928 Reichsarbeitsminister in 13 Kabinetten der Weimarer Republik, 1928 Präsident der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf, 1928-1929 Generaldirektor des Volksvereins, dann Rückzug ins Privatleben. Vgl. G. Schoelen (wie Anm. 29), S.67.

⁷⁰ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.235.

⁷¹ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.243-253.

Westdeutschen Arbeiterzeitung, Reichspostminister in mehreren Kabinetten der Nachkriegszeit) und Anton Höfle (zuletzt Reichspostminister 1919-1922). 1912 waren in der Zentrale 16 akademische Referenten und 55 Angestellte beschäftigt.72

Seit 1906 war Carl Sonnenschein⁷³ in einem besonderen Referat für die Vertiefung des sozialen Bewußtseins in Studenten- und Akademikerkreisen tätig. Sonnenschein - wie Pieper Germaniker - wurde von Kardinal Fischer für die Arbeit im "Volksverein" beurlaubt und baute das "Sekretariat Sozialer Studentenarbeit" auf.74 1909 trat Rektor Anton Heinen.75 ebenfalls Priester der Kölner Erzdiözese, in die Zentrale ein. Er bemühre sich um die Vertiefung der religiös-pädagogischen Anliegen und brachte seine volksschriftstellerische Begabung in die Druckschriften des Vereins ein. Daneben waren in allen Abteilungen der Zentralstelle Laien tätig. Daß Laien nur jeweils ein paar Jahre in Mönchengladbach waren, war meist familiär bedingt. Aufstiegsmöglichkeiten in andere Positionen waren verlockend, und die Tatsache, daß die Mitarbeiter der Zentralstelle meist ihre Sonntage auf Versammlungen verbringen mußten, wirkte sich nicht förderlich auf das Familienleben aus. Mehr Laien waren kontinuierlich in den technischen Diensten beschäftigt.76

Für Neulinge im Mitarbeiterstab war das erste Jahr immer Lehr- und Probezeit. Die meist jungen Doktoren wurden hauptsächlich von Pieper in die praktisch-soziale Arbeit eingeführt. Sie lernten den wirkungsvollen Aufbau von Schriften und Vorträgen sowie die Organisation von Lehrgängen. Wichtig war immer, eine allgemein verständliche Sprache zu sprechen, d. h. nicht über die Köpfe der Zuhörer hinwegzureden.⁷⁷ Zu den Praktikanten in der Zentralstelle gehörten auch Ordensleute. Die Zeit ihrer Tätigkeit fand Niederschlag in späteren Publikationen78 und Predigten.

⁷² Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.244.

⁷³ Carl Sonnenschein (1876-1929): 1895-1900 Studium der Theologie in Bonn und an der Gregoriana in Rom, Priesterweihe, 1901-1906 Kaplan in Aachen, Köln und Elberfeld, seit 1906 in der Zentrale des Volksvereins, seit 1907 ebenda als Leiter des "Sekretariats sozialer Studentenarbeit", 1918-1929 Studenten- und Künstlerpfarrer in Berlin. Ausbau der modernen Großstadtseelsorge. Vgl. G. SCHOELEN (wie Anm. 29), S.85.

⁷⁴ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.237 und 301-312.

⁷⁵ Anton Heinen (1869-1934): Studium der Theologie, 1893 Priesterweihe, bis 1898 Kaplan in Mühlheim/Ruhr, 1898-1909 Lehrer und Rektor einer Mädchenschule in Eupen, 1909 Eintritt in den Volksverein, 1909-1929 Mitglied der Zentralstelle und Dezernent für Volksbildung und Volkserziehung, 1924-1932 Leiter der Volksbildungsstätte des Volksvereins im "Franz-Hitze-Haus" in Paderborn, ab 1933 Seelsorgstätigkeit. Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S. 34, Anm. 145.

⁷⁶ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.238.

⁷⁷ Vgl. ebd., S.240; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.43.

⁷⁸ Z.B. die Arbeit des Franziskaners Ephrem Ricking, Die deutschen Wanderarbeitsstätten, Mönchengladbach 1912.

c) Publikationstätigkeit

Der "Volksverein" wirkte hauptsächlich durch Vorträge, Kurse und Publikationen, die in Massenauflagen verbreitet wurden. Bis 1914 wurden über 90 Millionen Flugblätter und Flugschriften in ganz Deutschland verteilt. Die Mitglieder wurden mit Papier reichlich eingedeckt. Sie konnten zahlreiches Informationsmaterial, Flugblätter, Heftchenreihen, Broschüren für Führungspersonal, Schriften für die geistlichen Präsides sowie wissenschaftliche Buchreihen beziehen. Zunächst waren die Flugblätter Sonderdrucke von bedeutsamen sozialpolitischen Reden, doch allmählich wandelten sie sich zu Arbeitsblättern in einer Art Unterrichts-Fernbriefen, die dann gebunden als Unterrichtsmaterial erschienen. Sie behandelten Sachverhalte der – staatlichen – Sozialpolitik und sollten die Vereinsmitglieder kompetent informieren.⁷⁹

Seit 1891 erschien die Mitgliederzeitschrift Der Volksverein. Stimmen aus dem Volksverein für das katholische Deutschland, ab 1908 mit dem Untertitel Zeitschrift des Volksvereins für das katholische Deutschland. In den ersten Jahren war der Umschlag blaßrot, was ihr den Namen die Roten Hefte einbrachte. Das erste Heft enthielt die beiden Aufsätze "Die Enzyklika und die Arbeiterfrage" und "Der Arbeiterschutz nach christlicher und sozialdemokratischer Auffassung". Aus jedem Heft sollten die Leser praktische Argumentationshilfen und Anregungen entnehmen können.80 Jedes Mitglied erhielt die Roten Hefte jährlich acht-, ab 1910 sechsmal. Die Themenhefte boten im Wechsel sozialpolitische und sozialpädagogische Beiträge⁸¹ für Arbeiter, Angehörige von Handwerk, Handel und Landwirtschaft. Sie regten immer zur praktischen Nutzung der bestehenden Gesetze und Einrichtungen an. Sie dienten auch als Schulungsmaterial. 1912 wurden sie durch die Gelben Hefte ergänzt, die unter dem Titel Die Frau im Volksverein erschienen.82 Bis 1914 wurden sie ca. fünfmillionenmal verbreitet.83

Neben den Flugblättern erschien seit 1899 die Schriftenreihe Soziale Tagesfragen, initiiert von August Pieper (Beispieltitel: Heft 2/3 1899 "Bedeutung und Organisation der Arbeitskammern", Heft 4 "Soziale Konferenzen unter dem Klerus", Heft 6/7 "Die Invalidenversicherung, Inhalt und Bedeutung des Gesetzes von 1889"). Die Verbreitung dieser Kleinschriften war nur durch den "Volksverein" möglich, da der Preis zu niedrig war, um den Buchhandel für den Absatz interessieren zu kön-

⁷⁹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.192; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.270-275.

⁸⁰ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.189.

⁸¹ Die Leitthemen waren Familie und Erziehung, Staatsbürgerliche Erziehung, Sozialreform und Wirtschaft, Religion und Weltanschauung, Gedenktage, Volksverein intern. Titelübersicht der Hefte auszugssweise in: ebd., S.261.

⁸² Vgl. ebd., S.257 und 259 (Gelbe Hefte).

⁸³ Vgl. ebd., S.274.

nen. Die Schriften wurden von den Vertrauensmännern verkauft, die Flugblätter oft katholischen Zeitungen beigefügt. Ab 1899 erschien im Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung die Schriftenreihe Arbeiter-Bibliothek (Heft 1/2 "Christliche Gewerkvereine, ihre Aufgabe und ihre Tätigkeit"). Autoren der Reihe waren Mitglieder der Zentralstelle in Mönchengladbach, Reichstagsabgeordnete des Zentrums sowie Kapläne.84 Im Zweiwochenrhythmus wurde von der Zentralstelle die Sozialtolitische Korrespondenz, ein kostenloser Artikeldienst für Zeitungen, verschickt 85

Wilhelm Hohn wurde 1905 Geschäftsführer der GmbH Volksvereinsverlag. 86 Die durch den Gesamtvorstand 1905 genehmigte "Gesellschaft mbH. Verlagsabteilung der Zentrale des Volksvereins in Mönchengladbach" war nicht nur Verlagsunternehmen, sondern als juristische Person auch rechtsfähiger Vermögensträger des Vereins. Damit war die Zentralstelle für die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung nicht mehr zuständig. Die Schwachstelle der GmbH bzw. des Verlages war, daß dieser von den Vereinsbeiträgen lebte, nicht aber der Verein von den Überschüssen des Verlags. Seit 1906 verfügte die Zentralstelle auch über eine modern eingerichtete Großdruckerei (Rotationsmaschinen und Flachdruckpressen, Setzmaschinen).87 Dieser Verlag sollte 1928 fast zum Ruin des "Volksvereins" führen, weil Hohn - wegen sinkender Beiträge - den Verlag ausbaute, aber Fehlinvestitionen tätigte. Der Verein mußte Vergleich anmelden. Auch der Unterhaltungswert von Veranstaltungen wurde im "Volksverein" nicht unterschätzt. 1910 wurde die Abteilung "Lichtbilderei GmbH" ins Leben gerufen, die Lichtbilder und später auch Kinofilme mit entsprechenden Geräten für Veranstaltungszwecke entlieh.88

d) Die Volksvereinsbibliothek

Von Beginn an bemühte sich die Zentralstelle um den Aufbau einer sozialwissenschaftlichen und apologetischen Bibliothek, die für Auskünfte und Ausleihen (Fernleihen) zur Verfügung stand. Bereits 1894 waren 2.000, 1900 mehr als 5.000 Bände vorhanden.89 Bis zum Ende des Vereins wurden es 94.000 Bände, darunter Zeitschriften und Zeitungen heute noch erhalten und der Benutzung zugänglich in der Stadtbibliothek Mönchengladbach.90

84 Vgl. ebd., S.194 und 243.

⁸⁵ Vgl. ebd., S.191; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.22f., 44 und 269f.

⁸⁶ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.236.

⁸⁷ Vgl. ebd., S.241-245.

⁸⁸ Vgl. ebd., S.277.

⁸⁹ Vgl. ebd., S.187.

⁹⁰ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.6. Zur Themenbreite der Bibliothek vgl. auch den von Julius Koenzgen redigierten "Gliederungsplan der Bibliothek des ehemaligen Volksvereins für das katholische Deutschland (1890-1933)", Stadtbibliothek Mönchengladbach 2. Auflage 1972.

e) Die "Praktisch-Sozialen Kurse"

Früh erkannte der Verein, daß die Mitarbeiter und Mitglieder des Vereins über Implikationen der wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände, mit denen sie in ihrer Arbeit konfrontiert wurden, planvoll geschult werden mußten, wobei man zwischen "Führerschulung" und "Massenschulung" unterschied.⁹¹ Initiator dieser Schulungsarbeit war vor allen Franz Hitze. Der erste "Praktisch-Soziale Kurs" des "Volksvereins" wurde vom 20.-30. September 1892 angeboten. Mit 50 Teilnehmern hatte man gerechnet, doch im Verlauf der Woche wurden es 580. Ein großer Teil waren Pfarrer und Kapläne, Professoren und Lehrer, Fabrikanten und Kaufleute, Rechtsanwälte und Beamte.92 Die Vortragsreihe wurde mit einer Einführung zu "Rerum novarum" eröffnet. Weitere Themen waren u.a. Arbeiterschutzgesetze, Bauernvereinsbewegung, Müttervereine, Arbeitsvertragswesen sowie Darlehenskassen. Die Tage waren mit Vorträgen und ausführlichen Diskussionen gefüllt. An den freien Nachmittagen wurden vorbildliche soziale Einrichtungen besichtigt - auch in der Brandtschen Fabrik. Viele Teilnehmer nutzten die neuen Erkenntnisse und setzten sie - ein Thesenpapier hatte jeder Redner zur Verfügung gestellt in eigenen Vorträgen und Veranstaltungen um.93

Bis 1900 wurden acht dieser Kurse mit bis zu 900 Teilnehmern in verschiedenen Städten durchgeführt. Eine Begrenzung auf fünf bis sechs Tage erwies sich wegen der seelsorglichen Verpflichtungen vieler Teilnehmer als zweckmäßig. Die Kurse waren als Führerkurse konzipiert (geistliche Präsides, Vereins- und Gewerkschaftssekretäre, Geschäftsführer und Vertrauensleute des Vereins). Der aufkommende Gewerkschaftsstreit um 1900 war wohl mit ein Grund dafür, daß Mönchengladbach von den "Sozialen Wochen" Abstand nahm und intensivere Schulungsmöglichkeiten anbot.

Mit dem Anwachsen der christlichen Gewerkschaften ab 1894 sowie den katholischen Arbeitervereinen stieg die Nachfrage nach Verbandsleitern, Sekretären, Redakteuren. Auch Stadt- und Gemeindeverordnete aus dem Arbeiterstande bedurften einer intensiven Schulung und Anleitung für die Ausübung ihrer öffentlichen Ämter. Mönchengladbach faßte 1901 den Entschluß, den ersten "Volkswirtschaftlichen Kursus" von zehn Wochen abzuhalten. Zwischen 1901 und 1914 führte die Zentralstelle zwölf dieser Kurse mit fast 800 Teilnehmern durch. 6 Diese Schulungsart hatten bis

⁹¹ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.228.

⁹² Vgl. ebd., S.228 und 233f; E. RITTER (wie Anm. 4), S.195.

⁹³ Vgl. ebd., S.196.

⁹⁴ Vgl. ebd., S.197ff.; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.24f.

⁹⁵ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.199.

⁹⁶ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.240.

dahin weder Sozialdemokraten noch die finanzkräftigeren freien Gewerkschaften durchgeführt. Der Kurs selbst war kostenfrei, nur die Ausgaben für Quartier und Verpflegung - meist in Privathäusern - mußten selbst aufgebracht werden. Voraussetzung für die Teilnahme waren gute Schul- und Berufszeugnisse, pfarramtliche und sonstige Empfehlungen, ferner waren etwaige Lohnausfälle zu decken. Die Mehrzahl der Teilnehmer wurde von den Gewerkschaften oder anderen Organisationen entsandt, bei denen sie bereits hauptamtlich tätig waren. Teilnehmer auf eigene Rechnung wurden intensiv geprüft oder abgelehnt. Man wollte keine Karrieristen. Die Kurse beinhalteten ein straffes Programm von Vorträgen, Redeübungen sowie schriftlichen Arbeiten, die von der Kursleitung beurteilt wurden. Besonders setzte sich hier Heinrich Brauns ein.97

Hier ein Beispiel für den inhaltlichen Aufbau eines Kurses. Für jede der zehn Stoffgruppen war eine Woche angesetzt. Ein Kursprogramm von 1914 sah so aus:

- 1. Die Auflösung der mittelalterlichen Wirtschaftsverfassung in Deutschland, Emporwachsen von Industrie, Landwirtschaft und Handel bis zur Reichsgründung. Insgesamt ein wirtschaftsgeschichtlicher Überblick.
 - 2. Grundbegriffe der Volkswirtschaft. Statistik, Kapital und Kreditwesen, Agrarwesen.
 - 3. Unternehmensformen: Handwerk, Kleinhandel, Großbetriebe, Aktiengesellschaften.
 - 4. Der Sozialismus und das Erfurter Programm, Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung.
 - 5. Gewerkschaftswesen, Arbeitgeberverbände.
 - 6. Gesetzliche Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, Lohn- und Tarifrecht, Streikrecht, Boykottrecht.
 - 7. Aufgabe der Arbeitervertretung, Organisationen für Arbeiter, Jugendliche, Frauen. Die Arbeitslosenfrage.
 - 8. Funktionieren des Staatsapparates. Staats- und Regierungsformen, Verfassung, Parteien, Volksvertretung.
 - 9. Grundsätze und Geschichte des Steuerwesens, Steuern, Zölle, Handelsverträge.
- 10. Imperialismus, Deutsches Kolonialreich, Außenhandel, Weltwirtschaft 98

Ab 1907 wurden des weiteren einwöchige Kurse für verschiedene Berufsstände und ehrenamtliche Mitarbeiter angeboten (Kaufleute, Hand-

97 Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.262f. 98 Vgl. ebd., S.264; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.241f., Anm. 106. lungsgehilfen, Landwirte, Techniker, Lehrer, Handwerker). Die Tradition der Praktisch-Sozialen Kurse wurde in den "Sozialen Ferienkursen" für Geistliche und Laien zwanglos weitergeführt.99

Die Kurse blieben nicht ohne Nachwirkungen und pflanzten sich im Schneeballsystem fort, wie z.B. im Weltklerus: Seit 1894 fanden sich in verschiedenen deutschen Diözesen Geistliche, die an den Gladbacher Kursen teilgenommen hatten, zu monatlichen "Sozialen Konferenzen" zusammen, um sich durch Referate und Diskussionen weiter in soziale Themen einzuarbeiten. Jeder Teilnehmer, der sich in ein Spezialgebiet vertieft hatte - Fachliteratur, Tagespresse, eigene Seelsorgserfahrungen - teilte seine Ergebnisse den Konferenzteilnehmern mit. Den Geistlichen stand die Volksvereinsbibliothek zur Verfügung, und seit 1899 wurde die Schrift "Soziale Konferenzen unter dem Klerus" von der Zentralstelle an rund 10,000 Geistliche kostenlos verteilt. Sicherlich verliefen diese Konferenzen nicht immer nach dem gesteckten Ideal, doch aus ihnen gingen viele Führer für das katholische Vereinswesen hervor. 100

Seit 1897 vergab der "Volksverein" auch Stipendien für junge Geistliche zum Studium der Volkswirtschaft, ab 1900 auch für Laien. 101 Nur durch die Anstellung wissenschaftlich ausgebildeten Personals sah die Zentralstelle die Möglichkeit, die Bildung von christlichen Gewerkschaften, Genossenschaften, Innungen und anderer Institutionen voranzubringen. 102

f) Sympathie und Antipathie für den "Volksverein"

Papst Leo XIII. hatte die Arbeit des Vereins mit einem Handschreiben vom 23. Dezember 1890 begrüßt. In der Mehrzahl der deutschen Diözesen wurde die Vereinsarbeit durch die Bischöfe unterstützt. 103 Die Enzyklika "Rerum novarum" war unzweifelhaft die wichtigste Bestätigung der sozialpolitischen Zielsetzungen des Volksvereins. 104

Selbstverständlich waren trotz "Rerum novarum" nicht alle katholischen Arbeitgeber mit der Vereinsarbeit einverstanden, die durch die Heranbildung emanzipierter und mündiger Arbeiter die nach ihrer Meinung festgefügte "gottgewollte" Ordnung störte. Laienakademiker nahmen zwar an Kursen teil, waren aber nur selten für die praktische Vereinsarbeit zu gewinnen. Auch der Verband "Arbeiterwohl" mußte den Rückzug von Unternehmern feststellen, als er offen für die Gewerkschaften eintrat. 105 Viele Geistliche betrieben die Volksvereinsarbeit in ländlichen

⁹⁹ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.264-267; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.230.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S.236ff; E. RITTER (wie Anm. 4), S.199f.

¹⁰¹ Vgl. ebd., S.182.

¹⁰² Vgl. ebd., S.187; H. HEITZER (wie Anm. 8), S.42.

¹⁰³ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.201.

¹⁰⁴ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.200.

¹⁰⁵ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.205f.

Gebieten nach dem alten pastoral-caritativen Muster und mit den alten Feindbildern des Liberalismus und Sozialismus. 106

Der christlich-demokratisch-soziale Kurs des "Volksvereins" stieß nicht in allen Diözesen Türen auf. Aus katholischen Kreisen wurde dem Verein ein zu demokratisches Gebaren vorgeworfen, weil er sich nicht auf die Verbreitung religiöser Wahrheiten und Unterweisung kirchlicher Pflichten beschränkte, sondern von seinen Mitgliedern Selbständigkeit und Eigenverantwortung forderte. 107 Vor allem die Oberhirten von Trier, Michael Felix Korum, und Breslau, Georg Kopp, erschwerten die Vereinsarbeit in ihren Diözesen, die sie aber nicht völlig unterbinden konnten (Massenpublikationen). Für Umberto Benigni war der "Volksverein" selbstverständlich nicht tragbar. 1911 befürchtete dieser in einer Schrift durch den Verein die "Entklerikalisierung der deutschen Katholiken". 108

8. Der Gewerkschaftsstreit

Die Idee der Fachabteilungen, die in der polemischen Zuspitzung des Gewerkschaftsstreites derjenigen der Gewerkschaft gegenübergestellt werden sollte, entwickelte sich in den 1890er Jahren. Die Fachabteilungen - auch gefördert durch die schon erwähnte Fuldaer Bischofskonferenz im August 1890 - sollten auf christlicher Grundlage das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer klären. Jedem Fachverein sollte ein Beirat aus einem Geistlichen und zwei gebildeten Laien zur Seite stehen. Diese (Fach-)Berufsabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen sollten die spezifischen Berufsinteressen bei den zuständigen Einrichtungen vertreten, d.h. sie sollten nicht im eigentlichen Sinne gewerkschaftliche Aufgaben übernehmen. Franz Hitze unterbreitete anläßlich einer Präsideskonferenz 1894 in Köln Leitsätze für die Fachabteilungen, die Fachbildung und soziale Schulung sowie Beratung durchführen sollten. Zur Durchsetzung eines Streiks hielt er sie, ob ihres konfessionellen Charakters, nicht geeignet. Er sah die Fachabteilungen nicht als Ersatz, sondern als Vorstufe für die Gewerkschaften. 109 Durch die Gründung christlicher und freier Gewerkschaften - letztere meistens mit Parteibindung - waren die Fachabteilungen Mitte der 1890er Jahre eigentlich überholt.

Die tragenden Säulen der katholischen Arbeiterbewegung waren die konfessionellen Arbeitervereine mit ihren meist geistlichen Führern sowie

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S.253.

¹⁰⁷ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.231.

¹⁰⁸ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.343f.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S.292ff. Ausführlicher zu den Zielen der Fachabteilungen: Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte Bd. 10), Bonn 1982, S.43-48.

die christlichen Gewerkschaften, die aus der Arbeiterschaft selbst herausgewachsen waren. Als "Kampforganisation" für die Lohn- und Gehaltsempfänger waren sie den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften ähnlich. 110 Den Gewerkschaften ging es wesentlich um die Ablösung des Einzelarbeitsvertrages mit individuellen Vereinbarungen durch allgemeingültige Tarifverträge.

Der Gesamtvorstand des Volksvereins faßte auf dem Mannheimer Katholikentag 1902 den Entschluß, im Rahmen seiner Aufgaben die christlichen Gewerkschaften weiter zu fördern. Er unterrichtete darüber den Episkopat, der sich in der Folge nicht gegen diese Entscheidung aussprach.¹¹¹ Im Gewerkschaftsstreit¹¹² vertrat der "Volksverein" daher zusammen mit großen Teilen des Zentrums und christlichen Gewerkschaftlern die "Kölner-Gladbacher Richtung". 113 Die Gegenposition bildete die integralistische "Berliner Richtung", die eine interkonfessionelle Öffnung der Gewerkschaften verneinte. Ihre Exponenten waren die Bischöfe Kopp und Korum. Für Deutschland war die Gewerkschaftsfrage mit der Enzyklika "Singulari quadam" vom 24. September 1912 ausgestanden. Der Kölner Oberhirte Antonius Fischer konnte eine römische Verurteilung der Gewerkschaften verhindern. Die Enzyklika gab prinzipiell der konfessionellen Organisation mit angeschlossenen Fachabteilungen den Vorrang, ließ aber für Deutschland - da ein Teil des Episkopates sich dafür ausgesprochen hatte - die interkonfessionelle Gewerkschaft zu. Jeder Streit über die Angelegenheit sollte von nun an unterbleiben.114 Die Berliner suchten die Enzyklika so umzudeuten, daß in geschlossen katholischen Gebieten nur die Fachabteilungen erlaubt sein sollten.115

Der Gewerkschaftsstreit ist als eine damals wirklichkeitsferne Debatte anzusehen. Der Streit wurde nicht durch die Sozialdemokraten ausgelöst, sondern kam aus den eigenen kirchlichen Reihen. 116 Denn in den durch den westfälischen Freiherrn Burghard von Schorlemer-Alst ab den 1860er

¹¹⁰ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.213.

¹¹¹ Vgl. ebd., S.323.

¹¹² Zu der ihn auslösenden Schrift des Assessors a. D. Franz von Savigny "Arbeitervereine und Gewerkschaften im Lichte der Enzyklika Rerum novarum" von 1900, in der der Verfasser willkürlich Schriftstellen und Teile der Enyzklika zitiert. Vgl. ebd., S.314ff.; M. GRESCHAT (wie Anm. 6), S.205. Er stellte den Arbeiter vor die Alternative konfessioneller Arbeiterverein oder interkonfessionelle Gewerkschaft. Ersteren hielt er für völlig ausreichend. Savigny schickte seine Broschüre an einige Bischöfe und einen großen Kreis von Präsides. Daher entfachte sie größeren Wirbel als ihr inhaltlich zustand.

¹¹³ Vgl. H. HEITZER (wie Anm. 8), S.28f.

¹¹⁴ Ausführlich zum Gewerkschaftsstreit und zur Rolle des "Volksvereins": Rudolf BRACK, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900-1914 (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte Bd. 9), Köln 1976 und M. SCHNEIDER (wie Anm. 110), S.172-211.

¹¹⁵ Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.331.

¹¹⁶ Vgl. M. GRESCHAT (wie Anm. 6), S.205.

Jahren gegründeten Bauernorganisationen (Westfälischer Bauernverein) war zwar eine religiöse Grundlage dominant, aber es wurde auf jeglichen konfessionellen Charakter verzichtet. Hier gab es, im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften, keine kirchlichen Einwendungen. 117

9. Fazit vor dem Ersten Weltkrieg

Seit der Jahrhundertwende wurde in der Enzyklika "Rerum novarum" immer wieder nach Waffen gegen die Arbeit des "Volksvereins", der christlichen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften gesucht. Die Mönchengladbacher hatten in der Regel darauf verzichtet, sich zur Verteidigung explizit auf Stellen der Enzyklika zu berufen. Dies wiederum benutzten die Gegner zum Vorwurf der Mißachtung der päpstlichen Lehrverkündigung.118

Der "Volksverein" verstand sich nicht als konfessionelle Protestbewegung, sondern wollte auf sozialem Gebiet eine christliche Gesellschaftsordnung durchsetzen. Ihm ging es um die Gleichberechtigung des Arbeiters in einem nach christlichen Grundsätzen gestalteten Gemeinschaftsleben. Politischer Gegner waren die Vertreter eines atheistischen Sozialismus, denen es zunehmend gelang, mehr Arbeiterwählerstimmen zu gewinnen. Natürlich bestand von der Zielsetzung her eine enge Verbindung zur Zentrumspartei, obwohl der "Volksverein" nie im eigentlichen Sinne ein Zentrumswahlverein war. Der "Volksverein" leistete jedoch als außerparlamentarische Gruppierung die eigentliche Organisationsund Schulungsarbeit im Sinne des Zentrums.

Sicherlich hafteten dem Unternehmen "Volksverein" alle Nachteile eines Massenvereins an, aber durch die große - wenn auch nicht durchweg aktive Mitgliederzahl - war eine kontinuierliche Vereinsarbeit möglich. Der "Volksverein" war erfolgreich, weil er durch seine straffe - nach sozialdemokratischem Vorbild eingerichtete - Organisation mit Laien und Geistlichen eine "Ortsgruppe" nicht allein dem Pfarrer auslieferte. Letztlich sind persönliche Momente - wie das positive Zusammenwirken des Praktikers Brandts mit den praktisch begabten Theoretikern Hitze und Pieper - nicht außer Acht zu lassen.

Der "Volksverein" zeigte eine adäquate Umsetzungsmöglichkeit von "Rerum novarum" in die Zeit. In der Enzyklika nicht explizit genannte Probleme wurden im Alltag pragmatisch gelöst, wie z. B. die Gewerkschaftsfrage. Der im "Volksverein" geübte Pragmatismus stellte einen entscheidenden Fortschritt gegenüber der Auffassung dar, daß es immer

117 Vgl. E. RITTER (wie Anm. 4), S.91f. 118 Vgl. ebd., S.173.

noch genüge, die katholische Bevölkerung religiös und moralisch zu belehren. Entgegen der katholisch-traditionellen Abwehr von Neuem sollten sich seine Mitglieder mit ihrer sozialen und politischen Umwelt konstruktiv auseinandersetzen. Dennoch gelang es den Mönchengladbachern nicht, eine eigenständige Laienbewegung ins Leben zu rufen. ¹¹⁹

Vielfach wurde bedauert, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu einer Reorganisation des "Volksvereins" kam, doch dies verkennt seine Zeitgebundenheit. Ich möchte schließen mit einem Zitat Oswald von Nell-Breunings, der in seinen Erinnerungen an den Verein schreibt: "Der Volksverein entsprach genau den Bedürfnissen der Zeit seiner Gründung bis zum 1. Weltkrieg; durch seine eigene beispiellose und in der ganzen katholischen Welt bewunderte Leistung hat er sich selber mehr und mehr überflüssig gemacht". 120

Abstract

Gisela Fleckenstein: Iniziative cattoliche per la soluzione della questione sociale in Germania

L'enciclica "Rerum novarum" ha dato un impulso di sviluppo al "Volksverein per la Germania cattolica" (associazione popolare per la Germania centrale), fondato 1890 su iniziativa di Ludwig Windthorst, esponente politico di area centrista. L'associazione presentava un vasto programma di formazione politico-sociale e propagava le sue idee di una società cristiana tramite pubblicazioni di massa. Una formazione sistematica doveva provvedere che i suoi soci - incluso il clero - si occuparano dei bisogni dell'epoca industriale. Ciò ha provocato un distacco dalle iniziative caritatevoli promosse dalla Chiesa che hanno dominato fino alla metà del secolo. Il "Volksverein" appoggiava le vertenze dei sindacati di ispirazione cristiana.

¹¹⁹ Vgl. M. GRESCHAT (wie Anm. 6), S.203.

¹²⁰ Vgl. Oswald von Nell-Breuning, Der Volksverein für das katholische Deutschland, in: Stimmen der Zeit 190 (1972), S.35-50, hier: S.40.